

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Ja zur Parlamentarischen Initiative „Schuldenprävention“**

Solothurn, 17. September 2013 – Der Regierungsrat befürwortet in seiner Stellungnahme an die Nationalratskommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) den Vorentwurf für eine Revision des Bundesgesetzes über den Konsumkredit (KKG) im Sinne der Parlamentarischen Initiative. „Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite“ Durch die Revision des KKG soll der möglichen Überschuldung der Konsumenten gut, effizient und zielgerichtet entgegengewirkt werden.

Der Regierungsrat unterstützt den Vorentwurf für eine Revision des Bundesgesetzes über den Konsumkredit im Sinne der Parlamentarischen Initiative „Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite“. Mit einem gesetzlichen Verbot der aggressiven Werbung, wird der Schutz vor Überschuldung wesentlich verbessert.

Die strengeren Auflagen bei der Kreditfähigkeitsprüfung und einer verankerten Meldepflicht von Konsumenten, die ihre Kreditwürdigkeit mit falschen Angaben vortäuschen wollen, werden weitere Instrumente geschaffen, um nicht in die Schuldenspirale zu gelangen.